

Verlag: ...  
Breslau 1, Wilschstr. 48/50.

# Schlesische

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Einzelnummer 25 Pf. ...  
Breslau 1, Wilschstr. 48/50.

Verlag: ...  
Breslau 1, Wilschstr. 48/50.

Einzelnummer 25 Pf. ...  
Breslau 1, Wilschstr. 48/50.

## Die polnische Krise!

Am 22. Nov. Die polnische Koalitionsregierung ...  
Die polnische Krise fällt weiter

Nach einem Telegramm aus Riga sind die russisch-polnischen Friedensverhandlungen abgebrochen.

### Der Hunger in Krakau.

Der „Naprod“ bringt genaue Angaben über das Elend in Krakau: Ein Kilo schwarzes Brot kostet 50 Mark, ein Kilo Butter 220-240 Mark, ein Liter Milch 18 Mark, ein Kilo Fleisch 60 Mark und mehr und ist schwer zu haben.

### Die kommunistische Bewegung in Mexiko.

Sonora, 15. November. „Koska Wien“. Aus Mexiko City wird gemeldet: Im Staate Aguascalientes haben die Bergleute die Gruben besetzt und für deren Leitung Sowjets gebildet.

In vielen Distrikten streiken die Grubenarbeiter und die Kommunisten betreiben eine rege Propaganda in ihren Reihen.

### Die finnische S. P. aus der 2. Internationale ausgetreten.

Roskau, 15. November. Die finnische sozialdemokratische Partei ist aus der 2. Internationale ausgetreten.

### Am 17. Januar Abstimmung in Oberschlesien.

Die Abstimmung in Oberschlesien findet, wie von französischer Seite in Oypela bekündigt wird, am Montag, den 17. Januar 1921 statt.

### Die Justizmühle mahlt!

Während sämtliche Kappisten amnestiert und sämtliche Verbrecher der weißen Garde, wie die Warburger Studentensoldaten, pflichtgemäß freigesprochen worden sind, klappert noch heute allenhalben in Deutschland die Justizmühle, in der man aus anständigen revolutionären Arbeitern Justizhäftlinge und Todesandidaten macht.

aus, eingehend sich besonders mit dem Todesurteil beschäftigt, das gefällt worden ist, obwohl sich noch mehrere Entlassungszeugen angeboten haben, die bisher nicht vernommen worden sind.

Der Volksschullehrer und Landtagsabgeordnete (U. S. P.) Ernst Rielisch, der zurzeit eine Festungstrafe wegen Hochverrats verbüßt, ist jetzt aus dem Schuldienst entlassen worden.

### Neue Kommunistenverhaftungen im Industriegebiet.

Auf die Verhaftungen der Genossen Kuwed in München, Unger und noch eines anderen Parteimitglieds im Kreise Neuz folgen weitere Verhaftungen.

So wurde vor einigen Tagen, wie das „Ruhr-Echo“ meldet, der Genosse Schneider in Gaaen unter Verhaftung der Annesie wegen angeblicher Verfehlungen bei der Bekämpfung des Kapp-Putsch verhaftet.

So nimmt die Konterrevolution Rache für die Schlapprie sie im März von den Arbeitern des Industriegebietes erhalten hat. So bereitet sie gleichzeitig ihren nächsten Schlag vor, indem sie die aktiveren Kräfte der Arbeiterschaft in Hamer Schloß und Kugel setzt.

### Das Instrument des Kapitals.

Auf ihre Niederlage im Berliner Elektrizitätsstreik bekommt die Technische Nothilfe jetzt ein Pflaster, den Dant des Reichsinnenministers Koch:

Es ist mir als zuständigem Reichsminister eine freudige Pflichterfüllung, der Technischen Nothilfe für die aufopfernde Hingabe zu danken, mit der sie sich selbst während des Berliner Elektrizitätsstreiks wieder selbstlos in den Dienst der Gesamtheit gestellt hat.

### Der christliche Staat.

Rednung: Im Mittelpunkt der Sonntagssitzung des Kongresses der Christlichen Gewerkschaften fand das Referat des Staatsministers Stegerwald über die christlich-nationalen Arbeiterschaft und die Lebensfragen des deutschen Volkes.

### Weitere Belastung des Verkehrs?

Pressemeldung: Die neuen Fernspreckgebühren reichen trotz der überaus empfindlichen Erhöhung, welche sie erfahren haben, noch immer nicht zur Deckung der eigenen Unkosten der Reichspostverwaltung aus.

## Eischerich - Scheidemann.

D. Li. Der bayerische Herr Eischerich, Akademiker mit dem Dokortitel (wegen guten Konzeptsstudentenarbeit), Fortrat, strammer Stappen-Durchhalter während des Krieges, ist jetzt in Deutschland und in der Welt höchst bekannt als (offizieller) Oberkönig der Dragesch (seine Generalkübler im Hintergrund sind die Kriegshaiardeure und Kriegsverlierere, Kapp-Verbreiter und Gorth-Schwärmer Ludendorff und Oberst Bauer). Die Dragesch wiederum kennt man als die tadellos bewaffnete Privatarmee des deutschen Bürgertums.

Beweise: Der Freistaat Anhalt (das „Gold“ des sozialdemokratischen Unluts Peus) hat ein Koalitionsstaatsrat: Sozialdemokraten und Demokraten teilen sich in die Staatsratsstelle; die Sozialdemokraten dominieren. Vor einigen Tagen las man in der schlesischen Presse, auch in der sozialdemokratischen:

Wir des „Koselanger“ melde, verhoffentlich der Staatrat von Anhalt eine Verordnung, die den Einwohnern Anhalts nach Auflösung der Gemeindegrenzen gestattet, zum Zweck der Lebens- und Eigentums der Einwohner zu Hause und zu auswärtigen Verwandten zusammenzuführen.







Generalkommandant von Watter über die Gründung einer Organisation gesprochen hat, deren Bildung durch private Personen die Teilnehmer in Konflikt mit den Strafgesetzen bringen kann. Wir warnen vor jeglicher Teilnahme an solchen Versuchen durch persönlichen Beitritt oder durch Übergabe von Geld, da schon vorbereitende Handlungen zu einem derartigen Unternehmen strafbar sind. (Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920.) Außerdem sind solche Unternehmungen unvereinbar mit dem Entwaffnungsgesetz. Für die Sicherheit der Bevölkerung sorgt die Regierung selbst.

Das Verbot des Staatsministeriums ist natürlich für die Rache! Dergesch und Watter werden sich den Teufel darum kümmern.

III.

In Potsdam ist in einem unterirdischen Gange, der vom Palais zur Reichswehrkaserne führt, eine große Menge Waffen gefunden worden, unter anderem folgende:

- 2037 Maschinengewehre,
- 2 Millionen Schuß M.-G., gepulvert,
- 58000 Gewehre,
- 2 Millionen Schuß Infanterie-Munition,
- 1000 Riffen Handgranaten.

Diese Waffen waren eingemauert und gehörten der Dergesch.

IV.

Die Agrarier im Orte Urloffen im badischen Münsterlande hatten trotz wiederholter Aufforderung ihr Getreide nicht abgeliefert, sondern es vorgezogen, es über den Rhein nach Frankreich zu verschicken. Um zwangsweise eine Entziehung vornehmen zu können, wurde eine Kompagnie Sicherheitswehr bestellt. Raum waren die Soldaten in der Ortschaft erschienen, als die Sturmglöcke läutete und die Bauern sich zusammenrotteten. Ein Angriff auf das Rathaus, in das sich die Sicherheitswehr verschanzt hatte, wurde erfolgreich durchgeführt und die Sicherheitswehr entwaffnet.

Man sieht, welchen Zwecken die bäuerlichen Selbstschutzverbände dienen. Interessant ist es auch, daß sich die Sicherheitswehr von Agrariern widerstandslos entwaffnen läßt. Hätten Arbeiter versucht, sie anzugreifen, so wäre sicher ein Blutbad unter den Anpreisern die Folge gewesen.

**Republik Deutschland**

**Reichstag.**

Sitzung vom 20. November.

Die des Genossen Koenen über die Sozialisierung: Mich wundert, daß Henke über das Verhalten der Rechtssozialisten seit den Märztagen hier so gar nichts zu sagen gehabt hat. Mir scheint da eine gewisse Verständigung bereits erfolgt. Henke betont die Wichtigkeit der Sozialisierung zum Teil jetzt schon mit besonderem Nachdruck und verlangt deshalb sofort Gesetz und Vorlage, um uns vor furchtbaren Ereignissen im kommenden Winter zu retten. Derselbe Geist sprach aus Köffers Rede. Die Interpellation Müller-Franken stellt eine große Heuchelei dar. Die Herren fordern von der bürgerlichen Regierung einen Entwurf zu einer Vollsozialisierung. Dieselben Herren haben doch so schöne Aufträge für die Sozialisierung bekommen, wie sie noch selber an der Macht waren. Auf dem Rätekongreß hat Müller-Franken, der spätere Reichskanzler bereits einen Antrag formuliert, der die Regierung in diesem Sinne beauftragte. Warum ist er nicht durchgeführt? Nichts haben sie versucht, um das Sozialisierungsgesetz, für das sie zu allererst verantwortlich waren, durchzuführen. Die bescheidensten Versuche haben sie niedergeschlagen. Die Reunionskommission in Rheinland-Westfalen, deren geistiges Haupt der rechtssozialistische Landrichter Kuben war, haben sie mit ihren Freiwärtern niederschlagen lassen. Sie haben die weißen Garden ins Ruhrrevier geschickt. Jetzt fordern diese Heuchler von einer bürgerlichen Regierung, sie möge die Sozialisierung wahr machen. Wer war denn der große Schwindler, der in den Märztagen 1919 Plakate aufhängen und aus Flugzügen verbreiten ließ: Die Sozialisierung ist da? Redner liest das Plakat vor. Unterschrieben vom Reichsministerium: Scheidemann, Schlicke, Bissell, Bauer usw. Nachdem sie jedes Gewehrmittel gegen die Arbeiter angewandt haben, stellen sie sich jetzt hin und rufen nach der Sozialisierung, an deren Durchführung sie Heuchler selbst nicht glauben. Aus schlotternder Angst haben sie sich ab und zu zu solchen Versprechungen hinreißen lassen. Bei den ersten Auseinandersetzungen über die Sozialisierung in den Märztagen 1919 hatte ich im Auftrag der Unabhängigen Sozialdemokratie zu erklären, daß wir uns eine Sozialisierung nur auf dem Boden der Räte-diktatur vorstellen können. Davon hört man von den Rechtsunabhängigen nichts mehr. Sie wollen die Sozialisierung als Reform auch jetzt noch im Winter von der kapitalistischen Regierung durchgeführt wissen. Nach dem Kapp-Putsch hatten Sie (zu den Rechtssozialisten) noch einmal Gelegenheit, ihre Versprechungen wahr zu machen. Als die famosen 8 Punkte aufgestellt wurden, die auch auf die Sozialisierung verpflichteten. Müller-Franken war Reichskanzler und hatte die Verpflichtung übernommen, diese Punkte durchzuführen, nicht einen schäblichen Versuch, diese Versprechungen durchzuführen, haben sie gemacht. Das, was Abgeordneter Köffler gesagt hat, läuft auf nichts anderes hinaus als auf eine Festalisierung des Bergbaues, wie damals beim Elektrizitätsgesetz. Es muß ein Unterschied gemacht werden zwischen den Taten und Worten der Sozialisten. So ist es auch notwendig geworden, daß sich die wirklichen Vorkämpfer für den Sozialismus wieder Kommunisten nennen, wie ihre großen Vorgänger, um die Scheidungslinie klar zu ziehen. Die Betrügnung, die Herr Simmes erstrebt und die er als Sozialisierung bezeichnet, wird das Klassenbewußtsein des Proletariats erst recht zusammenschweifen. Sie selbst klären die Arbeiterklasse am besten auf, wenn sie in einem Atem die Verlängerung des Reichstages fordern und die Be-

triebe schließen. Da zeigen sie am deutlichsten den Widerspruch ihres Systems.

Zu den Vorkämpfern der Rechtsunabhängigen, die von ihrem geistigen Führer Hilferding gemacht werden, muß ich feststellen: Hilferding hat schon zweimal seltsame Anschauungen über die Sozialisierung vertreten. Vor dem Kriege war es ihm ganz klar, daß man mit den Berliner Großbanken beginnen müsse und sich damit die Kontrolle des ganzen kapitalistischen Apparates sichern solle. Aber auf dem Rätekongreß, da mußte Hilferding mit einem Male bruchstückweise anfangen, zuerst bei der Kohle. Und dann brauchte Hilferding vor allen Dingen Zeit und nun verlangt er von der kapitalistischen Regierung ein Sozialisierungsgezet. Hier erzählt Henke, daß die Rechtsunabhängigen die Kapitalisten nicht enttäuschen wollen, aber der Chef der Partei, Hilferding, steht auf einem anderen Standpunkt, der mit einem faulen Kompromiß bemantelt wird: das Entschuldigungsverfahren soll durch ein besonderes Steuergesetz geregelt werden. Das soll natürlich auch vom Reichstag und dieser Regierung gemacht werden.

Koenen spricht über einzelne Punkte des Entwurfes, der die Arbeiter unter die Staatsmacht des kapitalistischen Staates stellt und wird vom Präsidenten unterbrochen, da der Entwurf noch nicht zur Diskussion stünde. Auf den Zuruf: Komjettland, erwidert er: Der proletarische Staat kann allerdings im Interesse des Proletariats zu Maßnahmen greifen, die im kapitalistischen Staat reaktionär sind. Der proletarische Staat schafft sich seine Prinzipien zur Durchführung des Sozialismus selbst. Die wirkliche Sozialisierung setzt die Existenz eines wirklichen Gemeinwehens voraus, einen proletarischen Staat. Es ist sinnlos, den Kapitalisten Produktion und Verteilung zu entwinden, um sie dem kapitalistischen Staat zu übermitteln. Der kapitalistische Profit bleibt so der alleinherrschende Einfluß, trotz aller sozialisierenden Fiktionen im demokratischen Staat. Es ist sogar schon eine Rebellion, wenn man die Kontrolle der Produktion verlangt. Sie ist eine revolutionäre Forderung. Die Sozialisierung ist eine Illusionäre. Die proletarische Diktatur ist die Voraussetzung für die Sozialisierung. Ihre Erreichung erfordert Kampf und Aufklärung. Der Kampf um die Sozialisierung ist uns ein Mittel der Propaganda. Wir werden zeigen, wie unmöglich die von den Rechtsabhängigen und Unabhängigen vorgeschlagenen Auswege und Fiktionen sind. Die Arbeiter wissen jetzt besser als früher, was Sozialisierung, was Kommunismus bedeutet. Nach zweijähriger Anschauungsunterricht, wenn das Proletariat durch Ihre Schuld wieder zum Kampfe antreten muß, wird es besser verstehen, worum es geht. Dann wird der Eroberung der politischen Macht sofort die Besetzung der Betriebe folgen. In diesem Sinne heißt Sozialisierung heute schon: soziale Revolution, Zerstörung des Kapitalismus, Herbeiführung der Räte-diktatur.

Sitzung vom 22. November.

Auf der Tagesordnung steht die sozialdemokratische Interpellation, welche anfragt, ob der Regierung bekannt ist, daß mit Hilfe des Bankhauses Gruniger Kapitalverschiebungen nach dem Auslande stattgefunden haben, und daß dabei Mitglieder ablicher und fürstlicher Häuser, auch des Hauses Hohenzollern, beteiligt sind. Abg. Müller-Franken (Soz.) begründet die Interpellation. Die Finanzen des Reiches sind trostlos. Die Steuerkraft des Volkes muß daher bis zum Höchsten angespannt werden. Das kann man von den Arbeitern aber nur verlangen, wenn auch die besitzenden Kreise ihre Pflicht tun. Der Lohnabzug hat eingeführt. Die Besitzsteuern aber sind zum größten Teil noch nicht eingeführt. In keinem Hause in der Poststraße verkehrten alle möglichen Reaktionsäre. Zuerst kommt für diese Leute ja immer ihr Geld in Betracht, dann erst die Monarchie. Beträgt die Zahl der beschuldigten Personen tatsächlich 100? Es handelt sich dabei um 250 Millionen oder um gar noch größere Beträge. Der Personenkreis erstreckt sich über Berlin hinaus auch nach Hamburg und Hannover. Eine Menge hochadliger Häuser ist beteiligt. U. a. werden genannt der Graf Peter, Adollin und Gräfin Winda von Blücher-Wahlstatt, sowie ein Fürst von Schönbrunn. Nach Presseäußerungen sollen auch Mitglieder des Hauses Hohenzollern zu den Kunden des Hauses Gruniger gehören. Die Kronprinzessin Cecilie soll beim Bankhause Gruniger ein- und ausgegangen sein. Ich stelle an die Regierung die Frage: Ist es wahr, daß die Kronprinzessin Cecilie, der Prinz Sibel Friedrich, der Prinz August Wilhelm an den Schiebungen beteiligt sind? Nicht beteiligt ist anscheinend der Prinz Oskar von Preußen. Ist die Gräfin von Ruppin eine Kundin des Hauses Gruniger gewesen? Nicht beteiligt ist der Prinz Leopold von Preußen (Vater). Gegen ihn bestehen aber schon Erhebungen des preussischen Ministeriums, weil er Silber und Effekten in großen Mengen nach der Schweiz verschoben haben soll und ferner Schiebungen u. a. durch hohe Befehlshaber seiner Güter ausgeführt hat. Ferner soll der Prinz in Lugano eine Besichtigung im Werte von 1 1/2 Millionen Francs erworben haben. Die Kunden des Bankhauses Gruniger sind alle Träger des alten Systems. Was hat der Reichsfinanzminister nach Zustellung des Materials getan? Der früheren Regierung ist kein Fall der Verschlebung bekannt geworden. Wozu diese demagogische Komplexion der Linken? Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Ich werde dem Abg. Müller auf seine Frage in aller Ausführlichkeit antworten. Im Falle Sinner und Co. ist eine Untersuchung bereits am 12. April d. J., also lange bevor die „Freiheit“ davon Kenntnis genommen hat, eingeleitet worden. Die Staatsanwaltschaft hat sich bereits am 17. Mai damit befaßt. Das Verfahren ist aber noch nicht abgeschlossen. Anscheinend hat sich das Bankhaus Sinner u. Co. den Kapitalverschiebungen nach dem Auslande gewidmet. An den Presseachrichten ist also etwas Wahres. Zur Sicherung der Ansprüche des Reiches wird die Reichsfinanzverwaltung das Erforderliche veranlassen. Ich komme zu den Kapitalverschiebungen durch das Bankhaus Gruniger, Philipppin u. Co. Die Firma hat zunächst in der Poststraße, dann in der Poststraße eine Zweigabteilung

eröffnet. Inhaber der Firma ist der deutsche Reichsangehörige Gruiser in Amsterdam. Als dem Finanzministerium vor einigen Tagen bekannt wurde, daß sich bei der Firma in Amsterdam Millionenwerte deutscher Reichsangehöriger in Barzahlungen und Effekten befinden, die durch die künftige Zweigstelle widerrechtlich verschoben worden sind, ist die künftige Staatsanwaltschaft im Reichsamt gefügt und erachtet worden wegen Verstoßes der Kapitalflucht das Erforderliche zu veranlassen. Wie durch die Presse bekannt geworden ist, hat die Staatsanwaltschaft sämtliche Geschäftsbücher der hiesigen Bankstelle, sowie die Guthaben bei inländischen Banken beschlagnahmt. Ueber die zahlreichen beteiligten Personen können zurzeit bestimmte Angaben noch nicht gemacht werden. Wichtig ist, daß unter den Inhabern von Konten auch die Namen ablicher und fürstlicher Häuser, da unter auch einiger Mitglieder des Hauses Hohenzollern, festgestellt sind. Inwiefern sie sich strafbar gemacht haben, wird der Ausgang des Verfahrens ergeben. In das Verwaltungsverfahren einzugreifen muß ich ablehnen. Die genaue Zahl der beschuldigten Personen will ich nicht nennen. Sie ist weit größer als hundert. Es ist eine große Liste von Personen aufgezählt worden, deren Zuverlässigkeit nicht feststeht. Abg. Düringer (Dsch.) Es handelt sich hier um eine systematische Hege gegen die Hohenzollern. Wir sind Monarchisten, aber wir wollen die Monarchie nur auf verfassungsmäßigem Wege einführen. Sie soll aus der Liebe des Volkes zum angestammten Herrscherhaus heraus kommen. Das Hohenzollernhaus hat in drei Jahrhunderten so viel große Persönlichkeiten hervor gebracht, daß man diese Hege nicht verzeihen kann. Die Sozialdemokraten stimmen in den Chor unserer Todfeinde ein. Abg. Kahl (Dsch. Volksp.) Den Interpellanten war bekannt, daß ein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren eingeleitet war. Wir beklagen es, daß seitens der Parlamente immer wieder ein Eingreifen in schwebende Strafsachen versucht wird. Die Kulturwerte, die das Haus Hohenzollern geschaffen hat, sind in den Sternen geschrieben. Die Kultur-taten des Hauses Hohenzollern können nicht dadurch verdunkelt werden, daß etwa ein Nachgeborener, den Sie (nach links) gewalttätig seiner Rechte beraubt haben, etwas getan hat, was abgelehnt werden mußte.

Die Frage der Monarchie ist für uns eine Personenfrage. Wir halten sie für eine bessere Staatsform, weil sie eine über den Parteien stehende Staatsgewalt darstellt. Nach meinen Informationen, an deren Zuverlässigkeit ich zu zweifeln keinen Anlaß habe, ist es bei der Agitation auf das kronprinzliche Haus abgesehen. Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Ich kann Herrn Professor Dr. Kahl nur dankbar sein, daß er das ethisch-nationale Moment betont hat. Aber wenn man die Liste durchliest, wird man mit Schamöde erfüllt, daß derartige Kreise unseres Vaterlandes sich solcher Geschäftsleute bedienen. Ich bin verpflichtet festzustellen, daß es eigentümlich berührt, wenn fürstliche Personen sich solcher Leute als Briefträger bedienen haben. Große Geschäftigkeit läßt man nur vornehmen von Leuten, deren Ehrenhaftigkeit gewährleistet ist. Das ethisch-nationale Moment muß in diesen Tagen der Kapitalflucht wieder zur Geltung gebracht werden. Abg. Graf W. Starp (Dnt.): Die Sozialdemokraten brauchen Agitationsmaterial, weil ihnen draußen im Lande die Felle weggeschwommen sind. Erlagen sind fast alle Behauptungen des „Vorwärts“ über die Verbindung der kronprinzlichen Familie mit dem Bankhaus Gruniger. Als der Kronprinz mutellos in Holland war, hat er in Amsterdam bei dem Bankhaus Gruniger ein Darlehen, vielleicht bis zu 5000 Gulden, aufgenommen. Daher stammt sein Konto dort. Woher sollte der Kronprinz wissen, daß jetzt eine solche Interpellation wegen Gruniger eingebracht werden würde? Würde sich irgend eine deutsche Frau scheuen, ihre Schmuckstücke für den Lebensunterhalt ihres mittellosen Mannes im Ausland zu benutzen? Das deutsche Volk wird wissen, wie es über die Kronprinzessin zu urteilen hat.

**Kapitalistische Wirtschaft.**

**Die Handelsbeziehungen Rußlands mit dem Ausland.**

Stockholm. Dieser Tage hat ein Korrespondent der „Kronprinzessin“ Sitwinoff, der vor kurzem aus Rußland zurückgekehrt war, interviewt.

Während der zehn Monate seiner Reise in Westeuropa hat Sitwinoff mit den Vertretern fast aller Länder verhandelt, so mit Dänemark, Schweden, der Schweiz, Belgien, Frankreich, England, Rumänien und Ungarn. Mit England, Ungarn, Frankreich, Belgien und Italien sind direkte Abmachungen über den Austausch von Gefangenen getroffen worden, wogegen die Verabredungen mit Holland, der Schweiz, Schweden und Dänemark nur halbamtlich sind. Einige dieser Abmachungen sind offenbar politischen Charakters, andere setzen die Wiederaufnahme des Handelsaustausches mit Sowjetrußland voraus. Auch sind in mehreren Ländern Nebentafelverträge, Handelsverträge abgeschlossen worden. Werte von 10 Millionen Schwedischen Kronen angekauft worden.

Bei einem Teil der Geschäfte ist es gelungen, Kredit gegen Wechsel zu bekommen. Bei allen Vertretern der europäischen Länder und Amerika zeigte sich das Bestreben, mit Rußland in Handelsverbindungen zu treten. Rußland wird durch nichts mehr am Handel mit dem Ausland gehindert, und was die Ostsee betrifft, so kann von Blockade nicht mehr die Rede sein. Gewisse Waren, wie z. B. amerikanische Kohle und Schiffe, sind nach Archangelsk, Murmansk gebracht worden und es ist gelungen, Arzneimittel in die südlichen Häfen einzuführen. Das einzige Hindernis für den Waren-austausch sind die Schwierigkeiten, die Frankreich durch seinen Druck auf die neutralen Länder bewirkt, um die Ausfuhr von sowjetrussischem Gold in das Ausland zu verhindern. Es ist nun die Aufgabe Sowjetrußlands, sich den Bedarf an europäer an russischer Rohstoffen zunutze zu machen und durch wirtschaftlichen Druck der Sowjetbestrebungen



... die Bedingungen zu ermöglichen. Dann kann der gegenwärtige ...

Nach einer Meldung der "Frankfurter Zeitung" aus London hat das englische Kabinett das Handelsabkommen mit Russland angenommen.

W. T. S. Washington, 21. November.

Dem Staatsdepartement ist eine Abschrift des beschlagnahmten Abkommens zwischen der britischen und der Sowjetregierung zugegangen.

Die Kohlenförderung im Oktober.

Dem von der Fachgruppe Bergbau des Reichsverbandes der deutschen Industrie herausgegebenen Bericht über den deutschen Bergbau entnehmen wir folgende Angaben:

Im Steinkohlenbergbau ist durchweg eine Förderungssteigerung gegenüber dem Vormonat und eine beträchtliche Steigerung gegenüber Oktober 1919 zu verzeichnen.

Diese Fördererfahrungen erweisen deutlich die Unmöglichkeit, die körperliche Leistung der Bergarbeiter über das erreichte Maß zu steigern.

Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschaftsbürokratie gegen die Betriebsrätezentrale Berlin.

Die Zentrale der Betriebsräte Berlin ist den Gewerkschaftsführern schon lange ein Dorn im Auge. Sie hat einen gewaltigen Einfluß auf das Proletariat, vor allem in Berlin.

der Berliner Gewerkschaftskommission folgenden Beschluß fassen lassen:

Nachdem der Betriebsrätekongress der Organisation der Betriebsräte im Rahmen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Sanktion erteilt hat, beschließt die am 15. November 1920 stattgefundene Plenarversammlung...

Dieser Beschluß wendet sich gegen die Zentrale der Betriebsräte. Triumpfhierend überschreibt der "Vorwärts" in seinen Letztern seine erste Seite "Bruch mit der Betriebsrätezentrale."

Dieser Bruch ist ein Teil des Kampfes, der jetzt in allen Gewerkschaften geführt wird von den vorkommenden Führern gegen das revolutionäre Proletariat.

Es wird an der Aktivität des revolutionären Proletariats liegen, ob es den rechtsstehenden Gewerkschaftsmitgliedern gelingt, ihr Ziel zu erreichen.

Provinz.

Fellhammer.

Den Genossen der U. S. P. und R. P. D. zur Kenntnis, daß Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, unser erster Bildungsabend stattfindet.

Metallarbeiterstreik in Mittel- und Niederschlesien?

Wie kürzlich berichtet, sind die Verhandlungen in der schlesischen Metallindustrie am 2. November wegen Lohnzulage gescheitert.

Table with 2 columns: Age group (über 24 Jahre alt, unter 24) and Salary (4.10 RM, 4.00, 3.90, 3.70, 3.50, 3.40, 3.30, 3.20, 3.05, 3.00, 2.85, 2.80).

Wir sehen hier die Einziehung von zwei neuen Altersgruppen, nämlich sollte der Lohn bei den Maschinenarbeitern und Hilfsarbeitern gestaffelt werden...

gegen 6 Stimmen abgelehnt und eine Resolution angenommen, in der es heißt:

... Mit Rücksicht darauf, daß die Vertretung der Schlichtung in den letzten Wochen sich sehr bemerkbar gemacht hat und zukünftig zweifellos der Arbeiterschaft noch Nutzen wird...

Totales.

Breslau, den 24. November 1920.

Der Konsulatsführer-Prozess.

Das Urteil.

Das nach 1 1/2 Stunden, um 8 1/2 Uhr, gefällte Urteil verhängt über Fischer 12 Monate, Kleber 8 Monate, Bote 7, Woschke 6, Büsch 5, Jonas 5, Rindervater 5, Morawe 5, Schwarzenauer 3, Jawurek 3, Aberle 1, Weigner 3 Monate und eine Woche Gefängnis...

Streik des Kartonnagenarbeiters.

Am Sonnabend früh sind die Kartonnagenarbeiter in Breslau in den Streik getreten. Für die Kartonnagenzentrale besteht ein Reichsstreik und sind vorige Woche zentrale Verhandlung für das ganze Reich neue Zulagen festgelegt worden.

Die "Not" der Hausbesitzer.

In der Generalversammlung des Breslauer Grundbesitzervereins, der ungefähr 400 Mitglieder umfaßt, wurde durch den Vereinspräsidenten, Justizrat Dr. Epstein, die gute Entwicklung der dem Verein angeschlossenen Hausbesitzerbewegung...

Table with 2 columns: Age group (über 24 Jahre alt, unter 24) and Salary (4.10 RM, 4.00, 3.90, 3.70, 3.50, 3.40, 3.30, 3.20, 3.05, 3.00, 2.85, 2.80).

Mitgliederversammlung der U. S. D. Donnerstag, den 25. November 1920, abends 6 1/2 Uhr im Deutschen Kaiser, Friedrich-Wilhelm-Straße.

Stadtheater, Johr-Theater, Thalia-Theater, Schauspielhaus, Frauen, Charuchin, Schmieder, A. Gebauer.

Zirkus Busch, Anglio, Sait, Charuchin, Schmieder.

LIEBICH-Theater, Kranke, Sprechapparate, la Waschseife.

Über-Bayern, Oberlandler, 15 Mark.

St. Hubertus, Frauen, Sorgenfrei, Buchmann, Vitmetalle.

15 Mark, Buchhandlung der "Schlesischen Arbeiter-Zeitung", Breslau, Mühlstrasse 49/50.

Bestellschein, Unterzeichneter bestellt hiermit (Nachnahme, Voreinsendung) des Betrags 1,50 M. Porto extra) die neben aufgeführten Broschüren.

Achtung! Salo Tischauer, Vitmetalle, Bestellschein.